

Protokoll

3. Sitzung der Forschungsunion Wirtschaft–Wissenschaft in der 17. Legislaturperiode

Ort: Akademie der Künste, Berlin

Datum: 21.09.2010

Zeit: 10.00-13.00 Uhr

Teilnehmer: Siehe Teilnehmerliste

1. Begrüßung

Frau Ministerin ■■■■■ eröffnete die Sitzung, indem sie sich bei allen Promotoren für die bisher geleisteten Arbeiten bedankte. Es gelte nun, die Arbeiten der Forschungsunion stärker in den Blick der Öffentlichkeit zu rücken. Das vor der Sitzung der Forschungsunion abgehaltene Pressefrühstück zum Thema „Energieforschung“ bilde dabei ein Format ab das zukünftig generell im Zusammenhang mit anstehenden Sitzungen der Forschungsunion zu ausgewählten inhaltlichen Schwerpunkten genutzt werden solle. Auch mit weiteren öffentlichkeitswirksamen Formaten gelte es deutlich zu machen, dass die Forschungsunion einen wesentlichen Schwerpunkt der forschungs- und innovationspolitischen Beratungsstruktur der Bundesregierung bilde.

Innerhalb der Forschungsunion seien alle für das Forschungs- und Innovationsgeschehen maßgeblichen Stakeholder, von den Ressorts der Bundesregierung über Vertreter der Wirtschaft bis hin zu Vertretern der großen Forschungseinrichtungen und Universitäten, versammelt. Aufgabe der Forschungsunion sei es, zentrale Linien einer erfolgreichen Forschungs- und Innovationspolitik zu definieren und Vorschläge zu deren Umsetzung zu erarbeiten. Dieses gemeinsame Vorgehen werde innerhalb des Bedarfsfelds „Klima/Energie“ und dem dort angelegten Zukunftsprojekt „Die CO₂-neutrale, energieeffiziente und klimaangepasste Stadt“ als Schwerpunkt der heutigen Sitzung konsequent verfolgt.

2. Austausch zum Energiekonzept der Bundesregierung

Der Austausch zum Energiekonzept der Bundesregierung erfolgte im Zusammenhang mit der Diskussion zu den Empfehlungen für das Bedarfsfeld „Klima/Energie“ unter TOP 3.

3. Empfehlungen für das Bedarfsfeld „Klima/Energie“

Herr [REDACTED] stellte in seiner Präsentation erste Eckpunkte des Zukunftsprojekts „Intelligenter Umbau der Energieversorgung“ vor und präsentierte den Stand der Arbeiten im Zukunftsprojekt „Die CO₂-neutrale, energieeffiziente und klimaangepasste Stadt“.

Die für das Zukunftsprojekt „Intelligenter Umbau der Energieversorgung“ relevanten Handlungsfelder des Energiekonzepts der Bundesregierung würden in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Kernenergie und fossile Kraftwerke, leistungsfähige Netzinfrastuktur für Strom und Integration erneuerbarer Energien sowie Energieversorgung im europäischen und internationalen Kontext gesehen. Für dieses Zukunftsprojekt gelte es, bis zur nächsten Sitzung der Forschungsunion Roadmaps und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Zum Zukunftsprojekt „Die CO₂-neutrale, energieeffiziente und klimaangepasste Stadt“ wurden Handlungsfelder, Roadmaps, eine integrierte Umsetzungsplanung sowie Empfehlungen für Wissenschaft, Beratung, Industrie, FuE und Kommunen erarbeitet. Für das Zukunftsprojekt gelte es nun, ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit zu erstellen und die Realisierung zu initiieren.

In der sich anschließenden Diskussion wurde das Thema der Akzeptanz hervorgehoben. Durch die vorgeschlagenen Modellstädte und die darin angelegten neuen Formen der Bürgerbeteiligung ergebe sich zum Beispiel die Chance, dem Bürger die Bedeutung neuer, leistungsfähiger Netzinfrastrukturen nahezubringen. Zudem wurde betont, dass die Wissenschaft durch Akzeptanzforschung wichtige Erkenntnisse beisteuern könne, die für das Handeln politischer und wirtschaftlicher Akteure unerlässlich sind.

Es wurde vorgeschlagen, mögliche Modellstädte für die Umsetzung des Zukunftsprojektes so auszuwählen, dass beispielhaft die wesentlichen Stadtformen in Deutschland repräsentiert sind. Zudem sollten neben Mobilitätsfragestellungen, wie sie im Bedarfsfeld „Mobilität“ diskutiert würden, auch die Fragestellung des „urbanen Produzierens“ direkt in die Konzeption für „Die CO₂-neutrale, energieeffiziente und klimaangepasste Stadt“ integriert werden.

Das vorgelegte Konzept solle nun im Hinblick auf die in der Diskussion angesprochenen Punkte überprüft und falls notwendig ergänzt werden. Anschließend soll es mit Vertretern der Kommunen diskutiert werden. Frau Ministerin [REDACTED] kündigte an, Ergebnisse der Forschungsunion zum Thema „Klima/Energie“ in das Bundeskabinett einbringen zu wollen.

4. Empfehlungen für das Bedarfsfeld „Mobilität“

Herr [REDACTED] stellte in seiner Präsentation die Zukunftsprojekte

- (1) Eine Million Elektrofahrzeuge in Deutschland bis 2020,
- (2) Bezahlbare CO₂-optimierte Mobilität – gesellschaftlich akzeptiert,
- (3) Smarte Mobilität durch flexible Vernetzung der Verkehrsträger (modal integriert) und
- (4) Leitmarkt Deutschland für effiziente Mobilität mit wesentlichen Komponenten „made in Germany“

des Bedarfsfelds „Mobilität“ vor. Diese würden sich aus den Herausforderungen sich verändernder gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Rahmenbedingungen ergeben und auf zum Teil bereits bestehenden Initiativen aufbauen (Zukunftsprojekt „Eine Million Elektrofahrzeuge in Deutschland bis 2020“). Mit diesen Zukunftsprojekten werde die Herausforderung adressiert, Deutschland sowohl als FuE-Standort zu stärken als auch produktionsorientierte Teile der Wertschöpfung und damit Beschäftigung im Lande zu behalten. Für das Bedarfsfeld „Mobilität“ sei aus Sicht der Promotorengruppe ein steter Abgleich mit den Arbeiten insbesondere der Nationalen Plattform Elektromobilität notwendig, um Doppelarbeiten auszuschließen. Deshalb würden v.a. auch die Zukunftsprojekte forciert, die über die von der Nationalen Plattform Elektromobilität abgedeckten Aktivitäten hinausgingen. Überdies läge den Arbeiten in der Promotorengruppe ein breiteres Begriffsverständnis von Mobilität zugrunde, das beispielsweise die systemische Betrachtung von Mobilität einschließen würde. Die dargestellten Aktionslinien sollen zur Vorbereitung auf die zweite Lesung weiter detailliert werden.

In der sich anschließenden Diskussion wurde die Bedeutung von Aus- und Weiterbildungsaspekten betont. Diese Fragestellungen seien besonders wichtig, um sowohl die sich abzeichnenden Umbauprozesse als auch die Weiterentwicklung bestehender Mobilitätstechnologien im Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte gewährleisten zu können.

Daneben gelte es, die Arbeiten in den Zukunftsprojekten umfassend im Sinne von neuen technologischen Lösungen, aber auch von Dienstleistungs- und Geschäftsmodellen für den Individual- und Güterverkehr zu betrachten.

Im Sinne einer integrierten Arbeit der Forschungsunion und vor dem Hintergrund der Diskussion im Bedarfsfeld „Klima/Energie“ wurde empfohlen, die Schnittstelle zum Zukunftsprojekt „Die CO₂-neutrale, energieeffiziente und klimaangepasste Stadt“ zu prüfen, Projekte einer umweltgerechten Mobilität dort einzubringen, die Arbeiten eng mit der Promotorengruppe „Klima/Energie“ zu vernetzen und Hinweise zur Aufgabenteilung zwischen Wirtschaft, Wis-

senschaft und Politik zu erarbeiten. Die im Promotorenpapier vorgeschlagene Abgrenzung zur Nationalen Plattform Elektromobilität wurde als praktikabel und gut erachtet.

5. Präsentation Arbeitsprogramm Promotorengruppe

„Gesellschaftliche Rahmenbedingungen“

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und einer im internationalen Vergleich niedrigen Erwerbsquote, deren Niveau vor allem auf die geringe Beschäftigung von Frauen und älteren Menschen zurückzuführen ist, präsentierte Frau [REDACTED] Eckpunkte für das Zukunftsprojekt „Arbeitswelt und -organisation von morgen“. Zur Sicherung und Steigerung zukünftigen Wohlstandes seien erhebliche Anstrengungen erforderlich. Hierzu liege eine große Breite an Erkenntnissen in Wirtschaft und Wissenschaft vor. Es sei jetzt Aufgabe der Promotorengruppe, in diesem Zukunftsprojekt eine systemische Antwort zu entwickeln, um die große Lücke zwischen Forschung und Umsetzung schließen und mit Hilfe von regional ausgerichteten Zukunftszentren den Transfer von Erkenntnissen in die künftige Arbeitswelt möglich zu machen. Hierzu würde durch die Arbeitsgruppe eine Roadmap für die genannten Zukunftszentren bis April 2011 im Detail erarbeitet werden. Dazu sollten in einem explorierenden Workshop Akteure aus bereits existierenden Initiativen eingebunden werden.

Neben den Arbeiten am Zukunftsprojekt gelte es für die Promotorengruppe zudem, ihre Fachexpertise den anderen Promotorengruppen zur Verfügung zu stellen. Hierzu wird angeboten, die Arbeiten in den anderen Promotorengruppen in Bezug auf Aspekte der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu kommentieren.

In der sich anschließenden Diskussion wurde den Herausforderungen der künftigen Arbeitswelt- und Arbeitsorganisation eine hohe Bedeutung zugemessen. Zu klären sei, ob das Thema schon umfassend genug behandelt würde und ob Aspekte zur Erhöhung des Eingangsquerschnitts ins Arbeitsleben sowie die Thematik der Gestaltung zukünftiger Alterssicherungssysteme bereits ausreichend behandelt würden.

Direkte Schnittstellen zum Zukunftsprojekt „Selbstbestimmtes Leben im Alter“ wurden identifiziert und dem Austausch mit der Promotorengruppe „Gesundheit“ eine hohe Relevanz eingeräumt.

Zudem wurde betont, dass es bereits eine Vielzahl an Gremien und Aktivitäten im Bereich der „Arbeitsgestaltung von morgen“ gäbe und hier, zur Vermeidung von Doppelarbeiten, eine Prüfung des ergänzenden Handlungsbedarfs und eine enge Abstimmung erforderlich sei.

6. Neue Modelle der Public-Private-Partnership

a. Industrie-Forschungs-Campus

Herr Staatssekretär [REDACTED] präsentierte das Konzept zum „Industrie-Forschungscampus“ als eine neue Form eines Public-Private-Partnership-Modells zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft. Ziel dieser neuen BMBF-Fördermaßnahme sei es, Anreize zum Aufbau von universitätsnahen Forschungs- und Innovationszentren in Deutschland zu geben.

Dabei zeichneten sich solche „Campus-Modelle“ durch eine örtliche Bündelung von Kompetenzen und Forschungsaktivitäten von Industrieforschung und öffentlicher Forschung („industry on campus“) aus. Dabei sollen neue Themen im gemeinsamen Interesse von Wissenschaft und Wirtschaft mit einer mittel- bis langfristigen Perspektive adressiert und als Trägerschaft über eine Public-Private-Partnership finanziert werden.

Chancen solcher Modelle lägen in der Erschließung von komplexen risikoreichen Forschungsfeldern und/oder in der wirtschaftlich nutzbringenden Erschließung von Potenzialen für Sprunginnovationen. Somit könne eine effiziente, in der gesamten Spanne von der Grundlagenforschung bis an die Schwelle der wettbewerblichen Entwicklung betriebene Forschung ermöglicht werden.

Das Modell des Industrie-Forschungscampus wurde in der anschließenden Diskussion als eine neue Form zur Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft ausdrücklich begrüßt. Jetzt müsse das Gespräch zwischen BMBF und Wirtschaftsvertretern gesucht werden, um rechtliche Voraussetzungen im Umgang mit „Intellectual Property Rights“ zu diskutieren und Eckpunkte für eine erfolgreiche Realisierung weiter zu spezifizieren.

b. Software-University

Herr [REDACTED] präsentierte mit der Software University Germany (SUG) ein weiteres neues Modell einer Public-Private-Partnership. Ziel sei, mit der SUG, die von Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam getragen und in enger Abstimmung mit dem KIC „EIT ICT Labs“ ausgestaltet sein solle, ein zentrales Instrument zur Aus- und Weiterbildung von technischen Führungskräften im Softwarebereich zu bilden. Zur Förderung ausgewiesener Talente werde im Regelfall bereits ein persönliches Stipendium von einer der einschlägigen öffentlichen und privaten Fördereinrichtungen bzw. die Mitgliedschaft in einer DFG-geförderten Graduiertenschule vorausgesetzt. Fortgeschrittenen Master- und Promotionsstudenten solle es im Sinne einer Eliteforschungsförderung jeweils ermöglicht werden, mit einem ersten, selbst definier-

ten und vom BMBF geförderten Kleinprojekt, das von einem Spitzenwissenschaftler als Mentor betreut würde, an Partnerinstituten der SUG praxisnah und auf Exzellenzniveau ihren Universitätsabschluss zu erwerben. Gleichrangig und parallel zur Projektarbeit sollten die wichtigsten Kernkompetenzen im Bereich der Unternehmens- und Innovationsprozesse in Abstimmung mit den lokalen Graduiertenschulen und mithilfe von Industriepartnerschaften vermittelt werden. Seitens der IT-Industrie würde ein hochrangiges Weiterbildungsprogramm auf wissenschaftlichem Spitzenniveau durch die SUG finanziert und etabliert. Darin würden Industrie- und Hochschul-Dozenten in der Lehre zusammenwirken. Die SUG ließe sich am besten als Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) betreiben, wobei das BMBF durch eine entsprechende Projektförderung im Rahmen des Forschungsprogramms „IKT-2020“ die Voraussetzungen für ein projektorientiertes Elitestudium schaffen könne. Organisatorisch bestünde die Möglichkeit, die SUG in die EIT ICT Labs als eigenständigen Geschäftsbereich mit eigener Dachmarke, aber gemeinsam genutzter Verwaltungsinfrastruktur einzubinden.

In der anschließenden Diskussion wurde betont, dass eine solche Einrichtung eine gute Möglichkeit sei, klein- und mittelständische Unternehmen der IT-Branche mit hervorragend ausgebildeten Führungskräften zu versorgen.

7. Verschiedenes

Frau Ministerin [REDACTED] berichtete über den Innovationsdialog der Kanzlerin und grenzte die Ziele und Aktivitäten der Forschungsunion gegenüber diesem Beratungsgremium der Bundeskanzlerin ab.

So beschäftige sich der Innovationsdialog mit Trends und Themen, die mittel- bis langfristige Auswirkungen auf ein mögliches Regierungshandeln haben könnten. Die Forschungsunion hingegen solle den Blick auf das aktuelle Regierungshandeln werfen und Anregungen zur Gestaltung konkreter Strategien der Forschungs- und Innovationspolitik sowie Handlungsempfehlungen zur deren Umsetzung abgeben.

Durch personelle Überschneidungen bei der Besetzung beider Gremien sei zudem ein optimaler Informationsfluss gewährleistet.

8. Verabschiedung

Frau Ministerin [REDACTED] bedankte sich abschließend bei den Referentinnen und Referenten und allen Beteiligten für die Vorbereitung der Präsentationen und bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Sitzung für die angeregte Diskussion.